

# DER EXPORTMEISTER

Was notwendig ist, um den Wohlandstreiber  
Exportwirtschaft anzukurbeln, zeigt die Industrie.



Österreichische Post AG,  
MZ 03Z034897 M  
Vereinigung der österreichischen Industrie,  
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



## AUSBLICK

Strategie gegen  
den Fachkräftemangel

Seite 4



## KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Schlüsseltechnologie  
der Zukunft

Seite 5



## SALZBURG

Impfen in der  
Salzburger Industrie

Seite 10

# Warum die Mercosur-Chance nicht verpasst werden sollte

Statt reflexartiger Kritik sollten wir die Möglichkeiten des Mercosur-Abkommens für Wirtschaft und Klimaschutz (!) stärker in den Fokus rücken – für Europa und die Länder Südamerikas.

Über kaum ein Handelsabkommen wird intensiver diskutiert als über jenes zwischen der EU und den südamerikanischen Mercosur-Staaten. Dabei geht oft unter, dass es um deutlich mehr geht als um Steaks aus Argentinien oder Brasilien. Kann es gelingen, handelspolitische Notwendigkeiten mit geostrategischen Interessen und berechtigten Anliegen für den Klimaschutz in Einklang zu bringen? Für Österreichs Industrie überwiegen die Vorteile des Vertrages, auf dessen Grundsätze sich beide Seiten vor rund zwei Jahren verständigt haben.

## Weniger Handelshürden, mehr Arbeitsplätze

Statt Freihandelsabkommen aus ideologischen Gründen zu verdammen, braucht es eine sachliche Abwägung der Chancen und Risiken: EU-Exporte in den Mercosur-Raum sichern in Österreich rund 32.000 Arbeitsplätze. Mehr als 1.400 rot-weiß-rote Unternehmen sind mit über 260 Niederlassungen vor Ort tätig, schon jetzt ist die heimische Handelsbilanz positiv. Der im Abkommen vorgesehene Abbau von 91 Prozent der Zölle über 15 Jahre könnte für exportierende EU-Unternehmen eine Zollersparnis von vier Milliarden Euro pro Jahr bringen. Positiv wirken würde zudem die Reduktion weiterer Handelshürden, wie einfachere Produktzertifizierungsverfahren



Mehr als 1.400 österreichische Unternehmen unterhalten Geschäftsbeziehungen mit den vier Mercosur-Staaten. EU-Exporte nach Mercosur sichern laut Berechnungen der Europäischen Kommission rund 32.000 Arbeitsplätze in Österreich.

oder ein besserer Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt.

Für Österreich kann der Mercosur-Vertrag laut Wifo einen Anstieg aller heimischen Ausfuhren um mehr als zwei Prozent bringen. Das würde den Erfahrungen aus der Vergangenheit entsprechen: Der Abbau von Handelshürden hat bisher immer zu Exportsteigerungen geführt und damit zu mehr Wachstum und steigender Beschäftigung. Beispiel CETA: Trotz Corona war der bilaterale Handel

zwischen EU und Kanada im Jahr 2020 um 15 Prozent höher als 2016, bevor das Abkommen in Kraft getreten ist.

## Umweltschutz durch internationale Zusammenarbeit

Selbstverständlich müssen Bedenken um Umwelt und Klima ernst genommen werden. Der Amazonas-Wald muss erhalten bleiben! Daher enthält der Mercosur-Vertrag eine klare Verpflichtung zum Pariser Klimaabkommen, zur Aufforstung des Regenwaldes

und zum Vorgehen gegen illegale Brandrodungen. Gleichzeitig muss die Frage gestellt werden: Wie können wir andere Regionen ohne internationale Kooperation davon überzeugen, Standards im Umwelt-, Sozial- oder Lebensmittelbereich auf europäisches Niveau zu heben? Statt mahrender Worte oder Abschottung braucht es mehr Zusammenarbeit und konkrete Unterstützung, um das Klima zu schützen oder Armut zu bekämpfen. Zudem fehlt in der öffentlichen Diskussion der geostrategische Aspekt. Die Welt erlebt derzeit einen Wettlauf um die besten Handelsbedingungen. Europa könnte als erster bedeutender Wirtschaftsraum ein Freihandelsabkommen mit Mercosur abschließen – und damit neue Geschäftsmöglichkeiten nutzen und somit Vorteile gegenüber anderen Wettbewerbern sichern. Nach jahrelangen Verhandlungen sollte die EU zu ihrem Wort stehen und nicht aus fadenscheinigen Gründen den Vertrag einseitig aufkündigen. Das würde der Reputation Europas als zuverlässigem Partner schaden.

Die Welt dreht sich weiter und wartet nicht auf Europa. Es ist daher zu hoffen, dass die Handelspolitik der EU und ihrer Mitgliedsländer verantwortungsvoll die Interessen der Menschen in Europa und Österreich abwägt und vertritt sowie Europas Rolle in der Welt stärkt.

## GASTKOMMENTAR

# War es das mit der Globalisierung?

Endlich Ende. Das Corona-Tal scheint durchschritten. Alle Blicke sind nach vorne gerichtet. Aber das, was kommt, wirft viele Fragen auf. Ganz eindeutig ist nur eine Antwort.

Musste das alles so kommen? Der Zusammenbruch der Wirtschaft, der Kollaps der Globalisierung, die Selbstzerstörung einer auf Profitmaximierung fokussierten Konsumgesellschaft. Standen wir nicht ohnehin schon an der Klippe – und Corona gab nur den entscheidenden „Schubser“?

**„Eine beschleunigte Oberflächlichkeit entwertet vielfach die Gegenwart, weil sie schon gestern nicht mehr am Stand von morgen war.“**

Fragen wie diese poppten schon kurz nach Beginn der pandemischen Restriktionen auf. Sie stehen noch im Raum – auch wenn kritische Rückblicke in Zeiten optimistischen Nachvorneschauens nicht en vogue

sind. Das liegt vor allem auch am Marketingtalent der Zukunft. Sie verkauft sich als verheißungsvolles Versprechen. Als Arena des Aufbruchs. Als Bühne der Besserung. Nur: Was ist das Narrativ des Neuen?

Der tradierte Erzählfluss ist abgerissen. Eine Polarisierungsdynamik hat Platz gegriffen, die die Erfolgsgeschichte der Globalisierung hinterfragt. Deren Kernthese, dass – wenn Waren, Arbeit, Kapital und Personen möglichst ungehindert zirkulieren können – der Wohlstand wächst, weil jeder seine Stärken ausspielen kann, stößt auf Widerspruch. Auch wenn die Statistik dagegenhält. So ist mit wachsender Globalisierung die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, seit den 1980er-Jahren gesunken: laut Weltbank von 37 auf derzeit 8,5 Prozent. Global betrachtet ist die Schere zwischen Arm und Reich damit nicht auseinandergegangen. Sie hat sich geschlossen.

Was wäre überhaupt die Alternative? Protektionismus? Regionalisierung? Gerade für eine kleine Exportnation wie Österreich, in der jeder zweite Arbeitsplatz direkt oder indirekt durch den Außenhandel generiert wird und ein Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung durch ausländische Endnachfrage bestimmt wird, würde das den Ausnahmezustand wohl nur verlängern. Ja, das Überdenken



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs „Fakt und Faktor“. Zuvor war er für „Die Presse“ und „Kleine Zeitung“ tätig.

weltweiter Vernetzung, das Knüpfen weniger komplexer Lieferketten, die Reduktion von internationalen Abhängigkeiten ist ein Gebot der Stunde. Aber in einer Volkswirtschaft, die derart – von Rohstoffen über Vorprodukte bis zu Absatzmärkten – vom Ausland abhängt, wäre zu viel Dorfidyll und Kirchplatzdenken wenig hilfreich.

Es ist Hauptaufgabe der Politik, diesbezüglich eine gerechte Ordnung zu schaffen, um tatsächlich gestärkt aus der Krise herauszugehen. Schafft sie das? Schwierig! Die Pandemie hat schonungslos Schwachstellen offengelegt. Es hapert beispielsweise an lebenswichtigen Strukturen für Innovationssysteme – nämlich, dass die Schnittstellen zwischen privatem und

öffentlichem Sektor gut und zeitgemäß aufgestellt sind. Da liegt noch immer viel im Argen. In den politischen Institutionen dominiert von der EU-Ebene über nationale Parlamente bis hin zu Gemeindestuben ein komplexer „Clash of interests“ aus Ideologien und Interessen.

Dazu kommen allgemeine Heraus- und Überforderungen wie die Digitalisierung, die unser Bewusstsein neu formatiert hat. Die Art des Erwerbs, der Weitergabe und der Speicherung von Wissen hat sich – beschleunigt durch Corona – verändert. Es herrscht eine neue Qualität der Flüchtigkeit. Es gibt eine Verdichtung unfassbarer Vielfalt. Es dominiert eine Vereinfachung komplexer Zusammenhänge. Diese beschleunigte Oberflächlichkeit entwertet vielfach die Gegenwart, weil sie schon gestern nicht mehr am Stand von morgen war. Aber muss man deswegen gleich kampflös ins Exil der Kapitulation emigrieren? Sicher nicht. Denn eines ist fix: Die Zukunft kommt. Ganz losgelöst von den Prognosen unseres Untergangs.

## WEBTIPP

Seit Juni erhalten „Fakt & Faktor“-Abonnentinnen und -Abonnenten die wichtigsten Beiträge exklusiv vorab via Newsletter zugeschiedt. [www.faktundfaktor.at](http://www.faktundfaktor.at)

# Gemeinsam in die Zukunft

Für einen starken Aufschwung braucht Österreich mehr Anpacker und weniger Anpatzer. Ein vernunftbasierter, sachlicher politischer Diskurs muss Teil der Normalität nach Corona sein.

Die Corona-Krise hat Menschen und Unternehmen in den vergangenen 16 Monaten alles abverlangt – und tut dies zum Teil immer noch. Trotzdem gibt es gute Gründe, mit Zuversicht in die Zukunft zu blicken. Die Öffnungsschritte haben die Konsumlaune gestärkt und die Situation am Arbeitsmarkt verbessert. Der produzierende Sektor wird heuer mit fünf Prozent wachsen. Die Unternehmen glauben an die Zukunft und investieren wieder am Standort.

Die Verantwortungsrolle des servointerstellaren Sektors war und ist in dieser Situation eine doppelte: Auf der einen Seite haben die Industriebetriebe und ihre Partner auch in Lockdown-Zeiten für Wertschöpfung und Arbeitsplätze gesorgt. Gleichzeitig haben wir aktiv an der Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Weg aus der Krise mitgewirkt. Maßnahmen, wie die Investitionsprämie, die Kurzarbeit-Regelung oder der Ausbau der FH-Plätze für mehr digitales Know-how in Österreich, liefern nun entscheidende Impulse für einen starken, nachhaltigen Aufschwung. Dieser sollte jetzt im Mittelpunkt nicht nur des wirtschaftlichen, sondern auch des politischen Geschehens stehen.

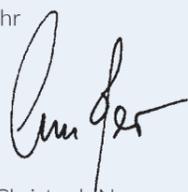
Denn es kann nicht sein, dass in der Wirtschaft die Anpacker und in der Politik die Anpatzer den Ton angeben. Bei allem Verständnis für parteipolitische Notwendigkeiten und politisch hart geführte Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Regierung und vice versa muss klar sein: Ständige Anzeigen, Anklagen und „Schmudeldkampagnen“ führen die politische Kultur

ins Abseits. Permanente Skandalisierung unterminiert das Vertrauen in eine erfolgreiche Krisenbewältigung – und in den Standort. Gerade für eine Exportnation wie Österreich ist die Außenwahrnehmung ein relevanter Standortfaktor.

Jetzt sollte und muss gemeinsame Zuversicht im Mittelpunkt stehen, um Österreich nach der Krise wieder nach vorn zu bringen. Der Comeback-Plan, der Wiederaufbauplan für Österreich oder die angekündigte Standortstrategie der Bundesregierung setzen durchaus die richtigen Schwerpunkte, die aber nun konsequent umgesetzt werden müssen. Die Industriellenvereinigung bringt sich hier mit dem Know-how und der Erfahrung ihrer Mitgliedunternehmen, die in die IV-Industriestrategie eingeflossen sind, aktiv ein. Zugleich müssen wir die großen Herausforderungen unserer Zeit – Digitalisierung und Energiewende – ideologiefrei und richtig gestalten. Davon hängen Arbeitsplätze und Wohlstand von morgen ab.

Das alles braucht einen vernunftbasierten, sachlichen politischen Diskurs. Auch er muss Teil der gemeinsamen Normalität nach Corona sein, damit Aufschwung, Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land wieder normal sind.

Ihr



Christoph Neumayer,  
IV-Generalsekretär



„Zu den bestehenden Technologien kommen ständig neue dazu und damit entstehen auch neue Geschäftsmodelle. Besonders interessant sind beispielsweise die Künstliche Intelligenz (KI), Blockchain oder die Robotik. Wer hier einen Vorsprung hat, kann weltweit erfolgreich sein.“

Christian Federspiel  
Geschäftsführer Cloudflight GmbH



„Unternehmertum und privatwirtschaftliches Engagement sind in Österreich zu wenig positiv besetzt. Unser Wohlstand und unsere Zukunftsfähigkeit hängen aber an kreativen und innovativen Unternehmerpersönlichkeiten, die mit hohem Einsatz und Risikobereitschaft im Team mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Markt erfolgreich sind und die Globalisierung als Chance begreifen.“

Axel Kühner  
CEO Greiner AG



„Innovation ist die Lebensversicherung für jedes Unternehmen.“

Philipp Blum  
Geschäftsführer Julius Blum GmbH

G  
N  
Z  
U  
N  
G  
I  
N  
T  
E  
R  
N  
E  
T  
I  
M  
M  
E  
N  
T  
L  
I  
C  
H  
E  
I  
T

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 14. Juni war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie finden Sie unter [www.iv.at](http://www.iv.at).

## AKTUELLES IN KÜRZE

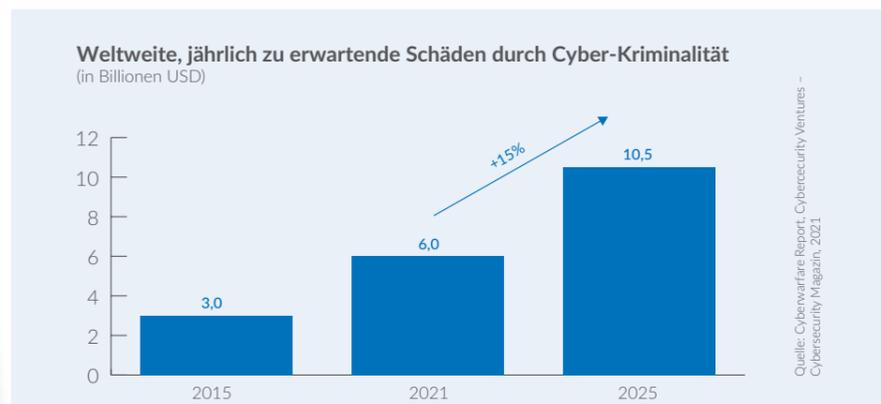
### POSTING DES MONATS



### GRAFIK DES MONATS

Nachrichten über Cyberangriffe auf Unternehmen, Industrie und die Verwaltung sind in den vergangenen Jahren alltäglich geworden. Cyberangriffe können folgenschwere Auswirkungen auf Unternehmen haben – aber auch auf deren Kunden, Partner, Angestellte und damit letztlich auf das Betriebsergebnis. Vor der Corona-Krise 2019 wurden weltweit weniger Cyberangriffe gemeldet als noch im Jahr zuvor, kumuliert stiegen die Schäden dennoch

an und gingen in die Milliardenhöhe. Für das Jahr 2025 werden weltweit Schäden in Höhe von über 10 Billionen US-Dollar erwartet. Allein 2021 beläuft sich der wirtschaftliche Schaden durch Cyberangriffe in Österreich auf rund 6 Mrd. Euro. Hier gilt es gegenzusteuern, etwa durch ein echtes Kompetenzzentrum, eine nationale Know-how-Basis. So ist zum Beispiel Estland nach einem massiven Cyberangriff 2007 erfolgreich diesen Weg gegangen.



### ZAHL DES MONATS

# 3.700

Mit dem Studienjahr 2022/23 stellt der Bund insgesamt 347 zusätzliche Fachhochschul-Anfängerstudienplätze zur Verfügung. Diese neuen Studienplätze werden sich erneut auf den MINT- und den Digitalisierungsbereich konzentrieren. Dazu gehören unter anderem Data Science, Wirtschaftsinformatik, Automatisierung, Künstliche Intelligenz und die Cyber-Security.

Alles in allem erhält der FH-Sektor durch den FH-Ausbauplan von 2019/20 bis 2024/25 mehr als 3.700 Studienplätze im MINT-Bereich dazu. Für die Industrie ist positiv, dass das Erfolgsmodell Fachhochschule weiter gestärkt wird. Die thematische Schwerpunktsetzung auf den MINT- und Digitalisierungsbereich ist gesamtwirtschaftlich gesehen dringend notwendig und erfüllt daher eine langjährige Empfehlung der Industrie.

# Warum eine umfassende Strategie gegen den Fachkräftemangel nötig ist

Die IV entwickelt weitreichende Vorschläge für eine Verbesserung der Fachkräftesituation und der Lehrausbildung.

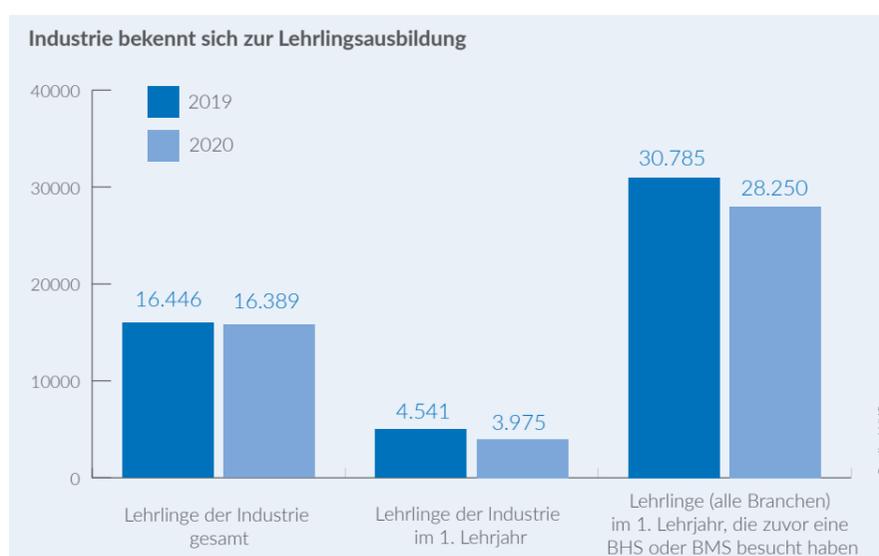
Die Verfügbarkeit von Fachkräften zählt zu den entscheidenden Herausforderungen für Österreichs Industrie. Nach der Corona-Krise, aber auch schon davor und zum Teil sogar währenddessen. Das Problem ist nicht mit einem einfachen Aufrechnen von Arbeitslosen und offenen Stellen zu beantworten. Der Bedarf der Industrie bewegt sich auf vielen Ebenen: Er reicht vom Lehr- bis zum Hochschulabschluss, mit dem größten Mangel bei Ersterem (Qualifikationsebene) und betrifft insbesondere Mechatronik, Elektrotechnik, Informatik sowie Maschinenbau (fachliche Ebene). Neben den fachlichen Kenntnissen braucht es u.a. auch IT-Grundkompetenzen, die Offenheit für den Austausch über fachliche und organisatorische Grenzen hinweg und gute Englischkenntnisse (Kompetenzebene). Nicht zuletzt kann die Konjunktur (z.B. durch eine Pandemie) oder technologische Innovationen (z.B. für den Klimaschutz) die Rahmenbedingungen sehr schnell ändern.



## Konkrete Empfehlungen: „Skill Agency“ & Fachkräftestrategie

Angesichts dieser Komplexität braucht es umfassende und gemeinsame Antworten: Wie etwa der IV-Vorschlag einer „Skills Agency“ oder „Fachkräfteagentur“. Diese soll Empfehlungen dafür aussprechen, was z.B. Unternehmen, Bildungsanbieter oder das AMS zur zukunftsgerichteten Fachkräfteentwicklung beitragen können. Oder der Ruf nach einer österreichweiten Fachkräftestrategie, die eine abgestimmte Weiterentwicklung der Ausbildungsbereiche, der Weiterbildung von Beschäftigten und Arbeitssuchenden, der beruflichen Wahlmöglichkeiten von Frauen oder der gesteuerten Zuwanderung von Schlüsselkräften umfasst. Dafür müssen Zuständigkeitsgrenzen überwunden und eine gemeinsame Vision entwickelt werden.

Die Lehrausbildung spielt eine entscheidende Rolle für die Industrie. Allerdings fehlte es an Bewerbungen in der Corona-Zeit – ausgelöst durch die strategische Vorsicht vieler



Der Anteil der BHS- und BMS-Schüler, die nach Ende der Pflichtschulzeit eine Lehrstelle antreten, ist Corona-bedingt gesunken, weil viele mit einem oder mehreren Fünfern aufsteigen konnten. Gerade in industriestarken Regionen suchen Unternehmen Lehrlingskandidaten.

Jugendlicher und deutlich weniger Umstiege aus BHS und AHS aufgrund der milderer

Aufstiegs Klausel. Anfang Juni musste man noch von rund 1.000 Lehrstellen ausgehen,

die die Industrie nicht oder nur schwer besetzen kann. Besonders gesucht wird für Elektro- und Metallberufe, aber auch Kunststoff- und Holztechnik- oder IT-Lehrberufe.

## Eingangsphase in Lehrausbildung

Neben der Rückkehr zur üblichen Aufstiegs Klausel gewinnt dadurch eine weitere IV-Empfehlung deutlich an Gewicht – nach einer qualitätsvollen und verbindlichen Eingangsphase in die Lehrausbildung. Diese soll für interessierte junge Menschen den Wechsel aus BHS oder AHS als aktuell häufigsten Einstieg in eine Lehre obsolet machen. Eine laufende IV-Studie mit über 10.000 Jugendlichen wird dafür diesen Sommer weitere Belege bringen und Gestaltungsmöglichkeiten für den Einstieg aufzeigen. Mit dem Drehen an dieser und ein paar weiteren Stellschrauben (Lehre mit und nach Matura, höhere Berufsbildung etc.) wird der Boden für eine nachhaltige Imageverbesserung und zukünftige Imagekampagnen zur Lehrausbildung aufbereitet.

## EU will attraktiver für Fachkräfte werden Ab Juli gibt es zwei Kurzarbeitsmodelle

Die Weiterentwicklung der „Blauen Karte EU“ soll wichtige Erleichterungen für die Anwerbung hochqualifizierter Personen außerhalb der EU bringen.

Im Mai einigte sich das Europäische Parlament mit dem portugiesischen Ratsvorsitz auf eine neue Fassung der „Blauen Karte EU“. Künftig soll damit die Mobilität zwischen den EU-Ländern deutlich vereinfacht werden, die Arbeitserlaubnis für Familienangehörige leichter zugänglich sein und die Gehaltsschwelle gesenkt werden. Außerdem sollen Inhaber der „Blauen Karte“ ihren Job innerhalb der ersten zwölf Monate einfacher wechseln können. Insbesondere für Berufe in Informations- und Kommunikationstechnik sollen Anerkennungen von Fähigkeiten vereinfacht werden. Dass sich nun hochqualifizierte Personen mit internationalem Schutzstatus ebenfalls für eine „Blaue Karte“ bewerben können, stellt ein weiteres Novum der neuen Fassung der Richtlinie dar. Neben dem europäischen Zuwanderungsschema bleiben nationale Programme wie

die „Rot-Weiß-Rot-Karte“ erhalten. Somit können EU-Länder auch weiterhin auf nationale Besonderheiten und spezielle Anforderungen flexibel reagieren. Die finale Zustimmung zur Novelle wird für Herbst erwartet. Aus Sicht der Industrie ist die Weiterentwicklung des europäischen Zuwanderungsregimes für Hochqualifizierte ein wichtiger Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Europa. Damit wird der Wirtschaftsraum EU – und nicht nur Einzelstaaten – deutlich attraktiver für dringend benötigte Fachkräfte. Um dem Ziel der verstärkten Fachkräftegewinnung näher zu kommen, bedarf es darüber hinaus zusätzlich innovativer Modelle der gesteuerten legalen Migration. Denkbar und begrüßenswert wären internationale Bildungs- und Ausbildungspartnerschaften und damit verbunden aktive Anwerbung in Drittstaaten.

Nach intensiven Verhandlungen – unter Einbindung der Industriellenvereinigung – hat die Bundesregierung im Juni präsentiert, wie die Kurzarbeit ab Juli geregelt werden soll.

Nach der Phase 4 der „Corona-Kurzarbeit“ werden zwei Modelle mit verschiedenen Bedingungen angeboten: Eine „Corona-Kurzarbeit“ für besonders von der Pandemie betroffene Bereiche (z.B. Nachtgastronomie, Stadthotellerie oder Luftfahrt) und ein Übergangsmodell für die anderen Betriebe.

Aus Sicht der Industrie ist die erzielte Einigung auf ein Übergangsmodell und ein Modell für besonders stark betroffene Branchen ein sinnvoller und sachlich richtiger Weg. Diese Lösung kann und wird

einen Beitrag dazu leisten, Arbeitsplätze zu sichern und Unternehmen gezielt zu unterstützen. Für die IV war entscheidend, dass es möglichst rasch klare Rahmenbedingungen für Betriebe sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die kommenden Monate gibt. Das zuständige Arbeitsministerium hat angekündigt, dass es sich auch in der nächsten Kurzarbeitsphase bei den Abläufen an den bisherigen Corona-Regelungen orientieren wird, um die Bürokratie gering zu halten. Weitere Informationen zum Thema Kurzarbeit finden IV-Mitglieder in ihrer IVTopApp.

# IV-UPDATE

# Künstliche Intelligenz (KI) – die Schlüsseltechnologie der Zukunft

Digital.Erfolreich.Industrie. | Teil 2

Das Potenzial von KI und den dadurch entstehenden Geschäftsmodellen wird noch nicht voll ausgeschöpft. Die IV-Task Force Digitalisierung und Künstliche Intelligenz hat sich damit beschäftigt, wie Österreich zu den Besten aufschließen kann.

**M**ikro- und Nanoelektronik, Photonik oder fortschrittliche Fertigungstechnologien sind nur einige Beispiele für Schlüsseltechnologien. Dabei geht es nicht nur um deren Anwendung und Entwicklung. Vielmehr muss auch im Fokus stehen, wie die zukünftige Technologieführerschaft und Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und Europas abgesichert werden kann.

In Österreich setzen Großunternehmen, aber auch einige Hidden Champions, auf zuverlässige und robuste KI-Lösungen. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Potenzial von KI und neuen Geschäftsmodellen noch nicht ausgeschöpft wird. Nur sechs Prozent aller heimischen Unternehmen nutzen Big Data – europäische Spitzenreiter, wie die Niederlande, kommen auf dreimal so hohe Werte.

## Aufholbedarf bei Big Data

Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits fehlt es noch an breitem Wissen über Möglichkeiten und Potenziale. Andererseits haftet der KI-Technologie oftmals ein negatives Image an. Bekannt ist etwa die jahrhundertalte Sorge, fortschrittliche Technologien würden Arbeitsplätze vernichten. Bisher war das Gegenteil der Fall. Konkreter Aufholbedarf besteht etwa bei der Verfügbarkeit von hochwertigen Datensätzen für die Entwicklung fortschrittlicher KI-Modelle im Bereich



der Cloudnutzung – nur 38 Prozent der heimischen Industrieunternehmen nutzen Big Data, schwedische und finnische Unternehmen kommen auf über 70 Prozent.

Bis zum Jahr 2030 am Standort mehr als 100 Unternehmen als KI-Weltmarktführer etablieren und Österreich als international anerkannten KI-Forschungshotspot weiterentwickeln: Dieses Ziel formuliert der IV-Aktionsplan „DIGITALERFOLGREICH. INDUSTRIE. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“. Um das zu erreichen, ist ein Schulterschluss zwischen Politik und Unternehmen nötig.

## Rechtliche Klarheit notwendig

So muss der Staat etwa rechtliche Klarheit bei der Anwendung von KI-Lösungen schaffen – konkret bei Datenschutz, geistigem Eigentum oder der Haftung bei Schäden. Ein positiver erster Ansatz ist der kürzlich präsentierte KI-Rechtsrahmen der

Europäischen Kommission. Bis zu dessen Geltung werden aber noch Jahre vergehen. Darüber hinaus sollten unter anderem zur Stärkung des Wissenstransfers KI-Förderprogramme forciert, kollaborative Projekte und Stiftungsprofessuren realisiert werden.

Neben der Politik sind auch die Unternehmen gefordert: Sie sollten ihre Expertise im

Bereich Daten, KI und neue Geschäftsmodelle ausbauen sowie eigene KI-Strategien entwickeln und umsetzen. Zudem sollten unternehmensübergreifende KI-Communities gebildet werden. Das könnte den Wissensaustausch zwischen Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette sowie mit der Wissenschaft fördern.

Die Vorreiterrolle im Bereich der Schlüsseltechnologien entscheidet über den Weg von Österreichs und Europas Industrie in eine erfolgreiche Zukunft. Dafür ist rasches Handeln erforderlich, denn die Konkurrenz schläft nicht.

## Handlungsschwerpunkte für ein digitales Österreich 2030+

- Rechtssicherheit bei KI-Lösungen
- Kooperationen und KI-Forschungsförderprogramme
- Engagement in internationalen KI- und Dateninitiativen (GAIA-X)
- KI-Blueprint in öffentlichen Unternehmen und Verwaltung
- Investitionen in Ausbildung und Infrastruktur

## #INDUSTRIE-FACT

Der Anteil Europas an der Marktkapitalisierung der größten 70 Tech-Unternehmen beträgt heute 4 Prozent, jener der USA 73 Prozent und jener Chinas 18 Prozent laut der internationalen Wochenzeitung „economist“.

## WEBTIPP

Das IV-Positionspapier „Digital. Erfolreich. Industrie. Transformation zum digitalen Österreich 2030+“ finden Sie zum Download unter: [www.iv.at](http://www.iv.at)

# Der Traum von der weltweiten Steuergerechtigkeit

Unternehmen sollen künftig primär dort Steuern zahlen, wo sie Umsatz und Gewinn machen. Vor- und Nachteile eines solchen Modells wollen aber gut bedacht sein.

**W**eltweit agierende (Internet-)Konzerne, die weniger Steuern in Österreich zahlen als der sprichwörtliche „Greisserler ums Eck“ – das ist eines der Argumente für eine „gerechtere“ Unternehmensbesteuerung, deren Verfechter vielfach auf eine globale Lösung setzen. Mit der neuen US-Administration hat die Debatte um einen weltweiten Mindeststeuersatz von um die 15 Prozent für Unternehmen sowie um eine Neuordnung der Besteuerungsrechte wieder an Fahrt aufgenommen.

Wo ein Unternehmen Umsätze und Gewinne erwirtschaftet – also in den „Marktstaaten“ –, soll es auch Steuern zahlen. Die physische Anwesenheit vor Ort soll kein Kriterium mehr sein. Was mehr Steuereinnahmen verspricht, könnte sich aber für kleine, exportorientierte Volkswirtschaften als Bumerang erweisen.

## Österreich als möglicher Verlierer

Viele heimische Unternehmen sind äußerst erfolgreich im Export – und zahlen hier ihre Steuern. Das könnte sich ändern, wenn Steuern dort zu entrichten sind, wo die Produkte

abgesetzt werden. Große Exportnationen, aber kleine Märkte – wie Österreich – würden so auf der Verliererseite stehen. Denn dann würden etwa große US-Unternehmen zwar hier mehr Steuern zahlen. Ob das den Verlust an Steueraufkommen durch heimische Betriebe aufwiegen könnte, bleibt aber fraglich. Was jedenfalls vermieden werden muss, ist ein bürokratisch aufwendiges Nullsummenspiel oder eine Doppelbesteuerung. Nationale Maßnahmen zur Gewinnverschiebung oder auch die österreichische Digitalsteuer müssten ersatzlos gestrichen werden. Auch die Frage, ob Umsatz oder Gewinn

besteuert werden sollen – die IV plädiert für Letzteres – ist unbeantwortet.

## Umsetzung wird dauern

Wenn es also auch im Sommer auf OECD-Ebene zu weiteren Einigungsschritten kommen könnte, sind zahlreiche Details noch ungeklärt. Grundsätzlich ist eine internationale Lösung – wenn sie politisch gewünscht wird – besser als ein „Fleckerlteppich“ an nationalen Lösungen. Angesichts der Komplexität eines weltweit einheitlichen Besteuerungsmodells ist es aber wohl noch ein weiter Weg bis zu dessen Verwirklichung.



# Export stärken!

Vom Erfolg unserer Unternehmen auf internationalen Märkten hängt die positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung Österreichs entscheidend ab. Umso wichtiger ist jetzt die gezielte Stärkung der heimischen Exportwirtschaft – auch mit neuen Instrumenten.



**D**ie Zahlen sprechen eine klare Sprache: Die österreichische Exportquote beträgt 53 Prozent, das heißt mehr als die Hälfte des heimischen Wohlstands wird auf internationalen Märkten erwirtschaftet. 1,7 Mio. Menschen arbeiten in Österreich in exportorientierten Unternehmen – damit hängt beinahe jeder zweite Arbeitsplatz direkt am Welthandel. Und vor der Corona-Krise (2019) hat die Steuerleistung der exportorientierten Produktionsunternehmen enorme 8,25 Mrd. Euro betragen. Leistungen, die für Österreich mehr denn je unverzichtbar sind. „Die hohe internationale wirtschaftliche Verflechtung Österreichs sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Vom zukünftigen Erfolg heimischer Betriebe auf internationalen Märkten hängt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Gesellschaft ab“, sagt IV-Präsident Georg Knill.

#### Mehr vom Aufschwung profitieren

Dafür braucht es noch attraktivere Rahmenbedingungen für heimische Exporteure sowie ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

**„Je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland.“**

Georg Knill  
IV-Präsident

ter. „Das gilt für die nationale Ebene, wo wir die Wettbewerbsfähigkeit stärken und damit die Erzeugung von Waren und Dienstleistungen für den erfolgreichen Export unterstützen. Wir brauchen aber auch eine aktive europäische und nationale Handelspolitik sowie zusätzliche exportstärkende Maßnahmen“, unterstreicht IV-Generalsekretär Christoph Neumayer. Das alles ist umso wichtiger, als Österreich und Europa vom internationalen Aufschwung nach Corona deutlich mehr profitieren sollen. Die USA und China sprinten nämlich gerade Europa mit einem Anstieg von voraussichtlich sechseinhalb bis achteinhalb Prozent davon. Österreichs Wirtschaft wird heuer um 3,4 Prozent und 2022 um 4,2 Prozent

wachsen – und damit Ende 2022 wieder das Vorkrisenniveau erreichen, prognostiziert die OECD. Die wichtigsten Maßnahmen der Industriellenvereinigung zur Stärkung des Exports auf einen Blick:

#### Marktzugang verbessern

Dafür sollen weitere EU-Handelsabkommen abgeschlossen werden. „Ein möglichst engmaschiges Netz aus EU-Handelsabkommen unterstützt intakte Lieferketten und somit auch die Rohstoffversorgung“, sagt IV-Präsident Knill. Das Investitionsabkommen EU-China sollte trotz des aktuellen Stillstands in Kraft gesetzt werden – ebenso das Abkommen zwischen EU und Mercosur. Auch die Gespräche mit den USA über ein transatlantisches Wirtschaftsabkommen sollten wiederaufgenommen werden, so Knill. Ein wichtiges aktuelles Anliegen ist der Industrie die Aufhebung von Corona-bedingten Reisebeschränkungen und Landeverboten.

#### Fairen internationalen Wettbewerb schaffen

Das Pariser Klimaschutzabkommen muss seitens aller Teilnehmer konsequent realisiert werden. „Gleichzeitig müssen die EU und Österreich sich aber dafür einsetzen, dass weltweit gleichwertige Ziele bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durchgesetzt werden. Die Ambitionen Chinas, der USA, der EU und anderer Industriestaaten sollten angeglichen werden“, argumentiert IV-Generalsekretär Neumayer. Neben der WTO-Reform mit wieder funktionierenden Schiedsgerichten sind der Industrie auch Maßnahmen zur Verhinderung erzwungener Technologietransfers ein wichtiges Anliegen. Aktivitäten der OECD gegen Überkapazitäten, etwa im Stahlbereich, müssen ebenso am Programm stehen wie neue Gremien von OECD und WTO für mehr Versorgungssicherheit mit kritischen Produkten weltweit. Der EU-Marktzugang für massiv subventionierte drittstaatliche Unternehmen soll beschränkt werden können.

#### Exporte in Österreich unterstützen

Die Exportförderung erfordert aus Sicht der Industriellenvereinigung aber auch in Österreich weitere Bemühungen. Dafür werden aktuell in der IV konkrete Vorschläge entwickelt. Klar ist, dass die Exportförderung in Form von Garantien und Versicherungen durch die Oesterreichische Kontrollbank AG langfristig sichergestellt sein muss, da sie das wirksamste Instrument der direkten Exportförderung ist. Angedacht werden kann so etwa die erhöhte Übernahme des Risikos von Bankgarantien für exportierende Unternehmen sowie auch steuerliche Begünstigungen für Exporteure. Zudem sollen ungebundene Kredite verstärkt eingesetzt

werden. Neumayer: „In einem Rahmenabkommen mit einem anderen Staat oder Unternehmen sollen Kreditlinien flexibler vergeben werden können als aktuell. Der Kreditnehmer soll animiert werden, österreichische Produkte zu erwerben.“ Ebenso zu überlegen ist: Die Finanzierung von Warenlieferungen in Wachstumsmärkte ist oftmals Basis für das Zustandekommen eines Auftrags. Daher sollte für einige Staaten das staatliche Haftungsvolumen erhöht werden – etwa für Ägypten, Ukraine, Pakistan und Nigeria. Ohne den gesamtstaatlichen Haftungsrahmen zu überschreiten. Der staatliche Rahmen für Exportförderungen beträgt aktuell 40 Mrd. Euro, 31 Mrd. Euro davon sind ausgeschöpft.

#### Rohstoffversorgung sichern

Nachdem exportierende Betriebe vielfach von internationalen Lieferketten und Roh-

**„Die EU und Österreich müssen sich dafür einsetzen, dass weltweit gleichwertige Ziele bei der Reduktion der Treibhausgas-Emissionen durchgesetzt werden.“**

Christoph Neumayer  
IV-Generalsekretär

stoffen abhängig sind, ist auch die Rohstoffversorgung ein wichtiges Thema für exportierende Unternehmen. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, plädiert die IV für u.a. eigene EU-Rohstoffabkommen mit rohstoffreichen Ländern, die Absicherung von Rohstofflieferungen im Rahmen von EU-Handelsabkommen mit rohstoffreichen Staaten und die Sicherstellung einer verantwortungsvollen Gewinnung von Rohstoffen in Österreich und der EU.

IV-Präsident Georg Knill: „Je stärker der österreichische Exportmotor läuft, desto besser für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland. Die gezielte Stärkung des Exports ist ein Gewinn für ganz Österreich.“

# JE FAIRER DER WETTBEWERB, DESTO GRÖßER SIND UNSERE CHANCEN

INTERVIEW



Karin Exner-Wöhrer, Vorsitzende des IV-Ausschusses Europa und Internationale Märkte, über Prioritäten für die Exportpolitik.

## Wie präsentiert sich das Lagebild für Österreichs Exportwirtschaft?

Die Corona-Pandemie hat Österreichs Außenwirtschaft schwer getroffen, Exporte und Importe sind 2020 jeweils um 15 Prozent eingebrochen. Einzelne Bereiche waren durch die Pandemie wesentlich stärker in Mitleidenschaft gezogen als während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009. Im Februar hat die Erholung eingesetzt: Zuwächse gab es bei den Exporten vor allem in die asiatischen Länder mit +29 Prozent nach China und +26,6 Prozent nach Japan. Die Exportschlager waren medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse mit einem Plus von 10,4 Prozent. Wir sehen, dass sowohl die Exporte als auch die Importe schon wieder einigermmaßen an das Vorkrisenniveau angeschlossen haben.

## Die USA und China gewinnen wirtschaftlich massiv an Fahrt. Wie können Österreich und die EU bessere internationale Rahmenbedingungen für ihre Exporteure schaffen?

Österreich bzw. die EU muss sich auf internationaler Ebene in der WTO, der OECD sowie der UNO und bei internationalen Finanzinstitutionen für eine Politik einsetzen, die faire Wettbewerbsbedingungen schafft. Je fairer der Wettbewerb, umso größer ist das Exportpotenzial

heimischer Betriebe, die für Qualität und Spitzentechnologie stehen. Im Gegenzug gilt: Je mehr Protektionismus, desto ungleicher die Chancen. Österreich muss gemeinsam mit ähnlich gesinnten Staaten in

**„Um faireren Wettbewerb herzustellen, muss die EU ihr Gewicht als einer der erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt in die Waagschale werfen.“**

Karin Exner-Wöhrer  
Vorstandsvorsitzende  
SAG Salzburger Aluminium Group

den internationalen Organisationen Position beziehen. Um faireren Wettbewerb herzustellen, muss die EU ihr Gewicht als

einer der erfolgreichsten Wirtschaftsräume der Welt mit einem attraktiven Binnenmarkt in die Waagschale werfen.

## Was kann die EU konkret dafür tun?

Gut gemachte Handelsabkommen spielen dabei eine essenzielle Rolle. Denn sie öffnen Märkte und schaffen Wachstum. Für gleiche Wettbewerbsbedingungen muss die EU außerdem eigenständig Maßnahmen setzen. Wenn internationale Verhandlungen ins Stocken geraten. Ein Schritt in die richtige Richtung ist die Industriestrategie der Europäischen Kommission, wonach massiv subventionierten Unternehmen aus Drittstaaten der Marktzugang zum EU-Binnenmarkt limitiert werden kann.

## Und was soll die österreichische Exportpolitik tun?

Um unsere Betriebe besser zu unterstützen, sind neue Akzente in der nationalen Exportförderpolitik sinnvoll, wir arbeiten diesbezüglich an konkreten Vorschlägen. Schlussendlich muss aber der österreichischen und europäischen Politik bewusst sein: Nationale Maßnahmen können nur dann ihre vollständige Wirkung entfalten, wenn international fairer Wettbewerb herrscht und Märkte geöffnet werden. Exportfördernde Maßnahmen ohne Handelsabkommen wirken nur eingeschränkt.



## ZUR PERSON

Karin Exner-Wöhrer ist Vorstandsvorsitzende des Familienunternehmens SAG Salzburger Aluminium Group. Seit 2020 leitet sie den IV-Ausschuss für Europa und Internationale Märkte. Auf der Agenda stehen hier unter anderem die Analyse politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen wesentlicher Wirtschaftsräume (z.B. USA, China, Russland) und von Regionen mit steigender Bedeutung (etwa Afrika, ASEAN) sowie Ableitungen für die heimische Industrie. Ein weiterer Schwerpunkt ist die EU-Politik.



# Was bei der Ökologisierung des Steuersystems beachtet werden muss

Die Industrie leistet einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Das gilt es bei der nächsten Steuerreform zu stärken – im Interesse von Umwelt und Wettbewerbsfähigkeit.

Sie zählt zu den großen Projekten der türkis-grünen Bundesregierung: Bis zum Herbst sollen die Eckpunkte der Ökosteuerreform stehen und im ersten Quartal des kommenden Jahres umgesetzt werden. Das Regierungsprogramm kündigte bereits vor der Corona-Krise eine Reform an, die „aufkommensneutral klimaschädliche Emissionen wirksam bepreist und Unternehmen sowie Private sektoral entlastet“. Berücksichtigt werden soll dabei auch „die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts“. Und genau dieser Aspekt ist entscheidend für den wirtschaftlichen und sozialen Erfolg der Maßnahmen, die aktuell verhandelt werden.

## Industrie hat bereits CO<sub>2</sub>-Abgabe

Vielen Menschen ist nicht bewusst, dass Österreich schon jetzt im internationalen Vergleich sehr hohe Umweltsteuern einhebt. Von der Mineralölsteuer über den Altlastenbeitrag bis zur Landschaftsschutz-, Naturschutz- und Baumschutzabgabe: Das Aufkommen aus umweltrelevanten Abgaben beläuft sich auf beinahe 10 Mrd. Euro bzw. 3 Prozent des BIP. Im EU-Vergleich



befindet sich Österreich damit im oberen Drittel. Auch die Abgaben für Unternehmen auf Energie liegen hierzulande deutlich über dem EU-Schnitt – Strom wird in lediglich drei EU-Staaten noch höher besteuert.

Dies gilt es bei der Debatte über neue oder zusätzliche CO<sub>2</sub>-Preise zu berücksichtigen. Ebenso wie die Tatsache, dass die Industrie als einziger Sektor der Volkswirtschaft bereits seit Jahren eine CO<sub>2</sub>-Abgabe zahlt. Mehr als 80 Prozent der österreichischen Industrieemissionen sind im EU-Emissionshandelssystem (ETS) erfasst. Ob Stahl-, Zement- oder

Papierindustrie bzw. Stromerzeuger und Luftfahrt – sämtliche energieintensive Industriezweige leisten im ETS bereits einen direkten Beitrag pro Tonne CO<sub>2</sub> und dürfen daher im Zuge einer Ökosteuerreform keinesfalls doppelt belastet werden.

## Energieabgabenrückvergütung sicherstellen

Zudem plädiert die IV für die rechtliche Sicherstellung der Energieabgabenrückvergütung. Dabei handelt es sich um eine eingezogene Grenze bei der Energieabgabe, die energieintensive Betriebe entlastet.

Ohne dieses Instrument würden sich die Energiekosten etwa für die Papierindustrie beinahe verdreifachen. Darauf setzen übrigens auch „Klima-Musterländer“ wie Schweden oder Dänemark, wo industrielle Prozesse bei der Stromsteuer lediglich dem EU-Mindeststeuersatz von 0,5 Euro je Megawattstunde unterliegen oder großteils von der Energiebesteuerung befreit sind. Die dänische CO<sub>2</sub>-Steuer wird annähernd zu 100 Prozent rückvergütet.

Im Sinne eines wirksamen Klimaschutzes spricht sich die Industrie zudem für eine Zweckwidmung für erhöhte Einnahmen aus Ökoabgaben aus: Diese sollten direkt in Forschung & Entwicklung (z.B. ICT für Green oder Energienetze), in erneuerbare Energieinfrastruktur oder in Investitionen der Unternehmen, die eine klimapolitische Transformation ermöglichen, fließen. Insgesamt braucht es eine sachliche und vor allem ideologiefreie Debatte für ein Steuersystem, das wirksamen Klimaschutz und wettbewerbsfähiges Wirtschaften stärkt. Nur dann kann das Leuchtturmprojekt der Bundesregierung ein Erfolg werden.

## AKTUELLES IN KÜRZE

### Aufruf zu Zusammenhalt auf letzten Metern der Pandemie

Die Corona-Pandemie hat uns allen – Menschen wie Unternehmen – in den vergangenen Monaten alles abverlangt und viele hatten das Gefühl, dass kein Ende in Sicht ist. Um jetzt, wo endlich der Aufschwung in greifbarer Nähe ist, ein deutliches Zeichen der Zuversicht zu setzen, riefen IV-Präsident Georg Knill, die Direktorin der Diakonie Österreich, Maria Katharina Moser, der Präsident der Caritas Österreich, Michael Landau, und der Präsident des Österreichischen Roten Kreuzes, Gerald Schöpfer, in einem gemeinsamen Videostatement zum gesellschaftlichen Zusammenhalt auf. Erklärtes Ziel der Social Media-Initiative ist es, den Menschen zu zeigen, dass wir als Gestalter der Krise agieren können und gemeinsam die letzten Meter dieses Marathons noch überwinden werden.

Österreich hat bewiesen, dass es mit Krisen umgehen kann. Doch wie geht es jetzt weiter? Durch die Beschreitung neuer Wege können wir als Gesellschaft gestärkt aus der



Krise hervorgehen. Jetzt geht es darum, noch einmal alles zu geben und durchzustarten. „Das erfordert Mut, Zuversicht und Stärke. Wir haben diese Qualitäten und wir brauchen sie, um diese Krise zu überwinden.“

Um als Gesellschaft und Wirtschaft wieder zu wachsen. Und, um die Zukunft erfolgreich zu gestalten“, erklärte IV-Präsident Knill. Das Video-Statement finden sie auf dem IV-Youtube-Kanal.

### Quereinstieg in Lehrberuf soll erleichtert werden

Ein aus IV-Sicht zukunftsweisendes Reformpaket wird aktuell auf den Weg gebracht: der Quereinstieg in den pädagogischen Beruf. Bisher nur in der Berufsbildung bzw. berufsbildenden Schulen möglich, soll dies nun auch in Krippen, Kindergärten, AHS-Unterstufen und Mittelschulen kommen. Für die Industrie nähert sich damit ein seit vielen Jahren wichtiges Anliegen der Umsetzung. Nicht nur aus Sicht des quantitativen Bedarfs wegen der kommenden Pensionierungswelle. Sondern auch aus dem Blickwinkel eines notwendigen Impulses für das System von außen. Denn Personen aus Wirtschaft und Industrie (oder anderen Berufsfeldern) bringen neue

Sicht- und Herangehensweisen und damit auch mehr Diversität in den Beruf.

Im Begutachtungsverfahren waren für die Industriellenvereinigung besonders wichtige Punkte: den Quereinstieg in die Elementarpädagogik für die Weiterentwicklung des tertiären Studienangebotes zu nutzen; auch die Volksschule für den Quereinstieg zu öffnen; die Voraussetzungen (facheinschlägiges Studium, Berufspraxis) insgesamt nicht zu restriktiv anzulegen. Die faire Anrechnung der Vordienstzeiten aus der Privatwirtschaft – nur so wird es gelingen, genügend qualifizierte Menschen für den Quereinstieg zu gewinnen.



## IV-BUCHTIPP



### Wie Unternehmen erfolgreich Start-ups entwickeln

Company Building steht für die Umsetzung von disruptiven Innovationsprojekten außerhalb bestehender Unternehmensstrukturen – mit eigens dafür ins Leben gerufenen Start-ups. Im Buch zeigt unter anderem gruppe1031-Mitglied Lukas Meusburger praxisnah alle Phasen eines typischen Company Building-Projektes. Zudem bietet es Innovationsmanagern, Geschäftsführern und Unternehmern erprobte Methoden, Tools und Handlungsempfehlungen. Anhand von realen Company Building-Beispielen von Firmen erfährt der Leser konkret, welche Vorteile diese Methode bietet, aber auch wo die Grenzen liegen.

**Company Building – Wie Unternehmen erfolgreich Start-ups entwickeln, 216 Seiten, Carl Hanser Verlag, München 2021, ISBN 978-3-446-46742-2**

# Mit Hotspots für Open Innovation aus der Krise

Im Gespräch mit den iv-positionen appelliert gruppe1031-Präsident Philipp Bousa an die heimischen Unternehmen für stärkere Zusammenarbeit bei Innovation, um die Krise als Chance zu nutzen.

**Lieber Philipp, die gruppe1031 beschäftigt sich gerade intensiv mit dem Thema Innovation, warum?**

Wir sind überzeugt, dass eine Rückkehr zur alten Normalität ohne Innovation nicht reichen wird. Um gestärkt aus dieser Krise zu kommen, sollten wir uns ein Beispiel an Orten wie dem Silicon Fen in England, Israel oder Shenzhen in China nehmen. Wir sollten strategisch themenspezifische Cluster je Bundesland aufbauen, z.B. in den Bereichen Autonomous Driving, Hydrogen/Fuel Cell, Quantum Computing, Legal Tech/Reg Tech. Dazu brauchen wir einen Schulabschluss ambitionierter Unternehmen mit Investoren und Bildungseinrichtungen sowie die politische Unterstützung etwa bei Bürokratieabbau und Steuer- bzw. Investitionsbegünstigungen.

**Das klingt ambitioniert, lässt sich das in der Form umsetzen?**

Die einfache Antwort ist ja, und es gibt schon funktionierende Ansätze dafür in Österreich, etwa das IST Austria in Klosterneuburg. Aber Veränderungen beginnen im Kopf, in diesem Fall konkret mit einem Mindset-Shift Richtung „Open Innovation“. Gemeinsam mit den gruppe1031-Experten Stefan Artner (Dorda Rechtsanwälte/Aubmes Invest)



## INFORMATION

Die gruppe1031 ist das unabhängige Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte bis 50 Jahre in der Industriellenvereinigung. Der Themenschwerpunkt liegt neben Entrepreneurship aktuell bei Innovation, Cyber Security, Standortpolitik und neuen Wegen der Unternehmensfinanzierung. Mag. (FH) Philipp Bousa ist seit 2019 Präsident der gruppe1031, ebenfalls seit 2019 leitet er das CIO & Digital Office der OMV AG.

und Harald Kollmann (WU Wien) haben wir festgestellt, dass unternehmensübergreifende und internationale Zusammenarbeit geeignete Betreibermodelle und mit Methodenkompetenz ausgestattete Moderatoren erfordert, wie etwa Service Design, Accelerator-Programme oder Company Building. Involvierte Studierende sorgen für nötige objektive Outside-in-Perspektiven und die notwendigen Skills von morgen.

**Sollte eine solche Initiative von der Politik angestoßen werden?**

In erster Linie richtet sich unser Appell an

alle österreichischen Unternehmerinnen und Unternehmer: Formieren Sie sich in Initiativgruppen zwecks gemeinsamer Arbeit an Innovationsprojekten mit klarem Fokus auf die Kernkompetenzen österreichischer Wirtschaftstreibender und auf die Vernetzung mit dynamischen Jungunternehmen. Ein innovativer Staat sollte landes- und themenspezifische Orte der Vernetzung schaffen und für die notwendigen Investitionen in Bildung, von der Lehre bis zum postgraduellen Studium, sorgen. Steuervorteile für involvierte Unternehmen und Arbeitnehmer (!) wären eine lohnende Investition in die Zukunft.



## Comeback im Herbst

*Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, aber die Anzeichen für eine Rückkehr der Normalität im Herbst mehren sich.*

Zuallererst eine persönliche Anmerkung: Vergangenen Oktober wurde ich zum Bundesvorsitzenden gewählt – eine an und für sich schöne Sache, aber der negative Beigeschmack bei mir war groß. Denn im Normalfall findet der Übergang des Bundesvorsitzes im Rahmen der Bundestagung statt. Im Herbst habe ich das bedauert. Inzwischen empfinde ich das Fehlen jeglicher Veranstaltungen oder sonstiger Events geradezu als bremsend.

Netzwerken ist mehr als nur „neue Leute kennenlernen“. Durch den Austausch mit anderen entstehen auch neue Ideen, kreative Ansätze, ob nun für das eigene Unternehmen, die Vereinsarbeit oder das Privatleben. Wir Menschen sind nun einmal ein Herdentier und inzwischen ist bei allen bemerkbar, wie sehr wir unter dem Fehlen sozialer Kontakte gelitten haben.

Umso mehr freut es auch alle, dass sich die Anzeichen für eine Entspannung der Lage mehren. Daher freuen wir uns auch schon sehr auf ein Comeback der Jungen Industrie als lebendiges Netzwerk im Rahmen der heurigen Bundestagung. Netzwerken mit Hirn, frei und unbekümmert, wenn auch sicher noch mit Vorsicht.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,  
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie

## JI-UPDATE

### Bundestagung 2021: Die JI-NÖ/Bgld. lädt nach KREMS

Nach der Corona-bedingten Absage im Vorjahr soll das bundesweite JI-Event vom 7. bis 9. Oktober in KREMS stattfinden.

Unter dem Motto „grenzenlos“ werden einige der im Vorjahr geplanten Programmpunkte der JI-Bundestagung nachgeholt: So etwa die Besichtigung des AKW Zwentendorf oder die Schifffahrt am Freitagabend in die Wachau.

Wie „grenzenlos“ Technologie sein kann, können die JI-Mitglieder unter anderem im eVRyLab der FH KREMS austesten. Dieses ermöglicht einen grenzenlosen Bewegungsfreiraum in virtuellen Welten. Darüber hinaus plant das Vorstandsteam der

JI-NÖ/Bgld. aber auch neue Programmhilights – schließlich hat sich die Welt seit März 2020 maßgeblich verändert. Insgesamt werden bis zu 150 JI-Mitglieder aus ganz Österreich bei der Bundestagung erwartet. Die Einladung inklusive Anmeldeöglichkeit wird voraussichtlich im Juli verschickt.

Achtung: Die im Vorjahr abgesagte Bundestagung war nach Versand der Einladung relativ schnell ausgebucht. Auch heuer gilt: First come, first serve!



Ein Highlight auf der JI-Bundestagung: Die für Freitag, 8. Oktober, geplante Schifffahrt in die Wachau.

## IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-N.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Brigitte Mayr, Verantwortlich für den Inhalt: Mathias Burtscher, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Petra Matovic, Nina Mayrberger.

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): SAG, Buchdruckerei Lustenau/Fasching, AdobeStock, IV-Burgenland/Felicitas Matern, IV-Kärnten/Green-Tech-Cluster, IV-NÖ/AdobeStock, IV-OÖ/Stock, IV-Salzburg/HAGLEITNER HYGIENE INTERNATIONAL GmbH/Scheuringer Mathias, IV-Steiermark/AdobeStock, IV-Tirol/AdobeStock, IV-Vorarlberg/AdobeStock, IV-Wien/AdobeStock

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





# Impfen in der Salzburger Industrie

Die Unternehmen in der Industrie betreiben einen massiven Aufwand für Sicherheit, Schutz und Gesundheit ihrer Beschäftigten. Zahlreiche Betriebe haben daher großes Interesse, das Impfangebot den Mitarbeitern, die das auch möchten, rasch zugänglich zu machen.

**E**in Industriebetrieb hat in der Regel viele Mitarbeiter, die man mit einer betrieblichen Impfstraße gut erreichen kann. Diese große „Reichweite“ hilft bei der Beschleunigung der Impffortschritte in Salzburg. Es ist daher sinnvoll, die Infrastruktur in den Unternehmen zu nützen. Außerdem hilft betriebliches Impfen den Unternehmen, denn je mehr Mitarbeiter geimpft sind, desto schneller kann man wieder zu weitgehender Normalität zurückkehren. Dafür stellten die Unternehmen ab Anfang Mai ihre betriebsmedizinische Infra-

struktur zur Verfügung. Doch damit alles reibungslos abläuft, mussten im Vorfeld erhebliche logistische Vorbereitungen getätigt werden. In Salzburg wurde schon Anfang des Jahres – auf Initiative der Industriellenvereinigung – mit dem Landesimpfkoordinator eine möglichst praktikable Durchführung betrieblicher Impfungen in die Wege geleitet.

So leisten unsere Unternehmen nun einen wesentlichen Beitrag zu einer hohen Durchimpfungsrate der Bevölkerung. Durch die Aufklärungsarbeit der Arbeitsme-

diziner in den Betrieben konnte außerdem die Akzeptanz für Impfungen und gewisse Impfstoffe in der Bevölkerung gestärkt werden. In der zweiten Aprilhälfte wurden darüber hinaus schon im Vorfeld 2.000 international tätige Schlüsselkräfte in einer Sonderaktion geimpft.

## Zuständigkeit bei Bundesländern

Die COVID-19-Impfstrategie wurde zu Jahresbeginn angepasst und hat schließlich eine Kompetenzverschiebung in Richtung Bundesländer gebracht. Dadurch fällt beispielsweise auch die Betreuung

der Impfkoordination für versorgungskritische Unternehmen in die Zuständigkeit des jeweiligen Bundeslandes, genauso wie generell die betrieblichen Impfungen. Zunächst erschien ein Beginn dieser betrieblichen Impfstraßen für Mitte Mai realistisch, dann ging es sogar schon Anfang Mai Schlag auf Schlag. Dank zusätzlicher Lieferungen konnten bereits ab 6. Mai die ersten zehntausend Dosen in betrieblichen Impfstraßen verimpft werden. Insgesamt beteiligen sich in ganz Salzburg knapp 200 Unternehmen mit 40.000 Mitarbeitern an dieser Impfkaktion.

## KOORDINATION DER BETRIEBLICHEN IMPFUNGEN

Für die Industrie und IV-Mitgliedsbetriebe war IV-Salzburg-Geschäftsführerin Irene Schulte Ansprechpartnerin und gleichzeitig Schnittstelle für die Koordination mit dem Land Salzburg.

### Was waren die Herausforderungen in der Organisation der Impfstraßen?

Unmittelbar nach der Erstinformation an die Unternehmen wurde ich am häufigsten zu Fragen bezüglich geplanter Impfstoffe, deren Nebenwirkungen und zur Abklärung der organisatorischen Voraussetzungen kontaktiert. Die Überlegung, alle Mitarbeiter gleichzeitig aus dem Risiko in den Impfschutz zu bekommen und unplanbare Ausfälle zu vermeiden, motivierte die Unternehmen stark zu betrieblichen Impfstraßen. Organisatorisch lag die Herausforderung der Impfkoordination des Landes darin, zu den gewünschten Impfterminen die entsprechenden Impflieferungen trotz Impfstoffknappheit bereitzustellen. Frau Achatz von der Impfdispo ist für ihren unglaublichen Einsatz sehr zu danken.

### Dabei gibt es doch in den Betrieben immer wieder Impfkaktionen gegen Grippe, Zecken usw. Wie unterscheidet sich die Corona-Impfstraße von diesen?

Die aktuelle Impfkaktion ist tatsächlich anders als bisher: Noch nie musste eine Impfung anschließend auch elektronisch erfasst

**„Die Impfung ist alternativlos, wenn wir diese Krise nachhaltig bewältigen wollen.“**

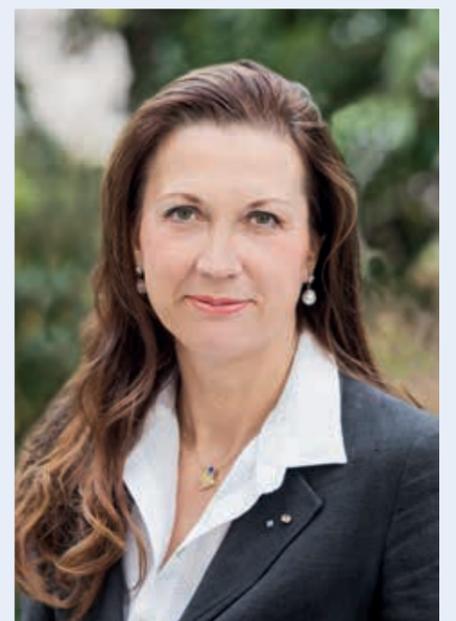
Irene Schulte  
Geschäftsführerin der IV-Salzburg

werden. Für diese Dokumentation gibt es spezielle Tablets, die nur für diesen Zweck zu verwenden sind. Und auch die Anlieferung sowie die Vor- und Aufbereitung des jeweiligen Impfstoffes ist aus medizinischer Sicht völlig anders als bei bisher bekannten Vakzinen – da wird auch mehr medizinisches Personal gebraucht.

### Wann wussten Sie konkret, jetzt geht es los?

Oh, das kam dann – auch wenn wir lange auf diesen Termin hingearbeitet haben – doch sehr überraschend Ende April. Jedenfalls war in den letzten Monaten der ständige Blick in die Glaskugel, wann denn nun der Impfstoff kommt, ziemlich nervenaufreibend – schließlich mussten dann ja die Unternehmen informiert werden, ihrerseits die konkreten Anordnungen einzuleiten.

## INTERVIEW



# Blitzlichter der Corona-Impfung

Mit den betrieblichen Impfstraßen haben die IV-Mitgliedsbetriebe die Impfkampagne im Salzburger Land unterstützt und einen aktiven Beitrag für eine möglichst schnelle Rückkehr zur Normalität geleistet. Wir freuen uns, dass viele Mitarbeiter das Angebot angenommen haben und bedanken uns ganz herzlich bei den Organisationsteams der Betriebe für die exzellente Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf.



## Auf diesen Stich haben wir gewartet!

Mit großer Freude, liebe Leserin und lieber Leser, schreibe ich diesmal diese Zeilen. Die Industrie ist überwiegend geimpft und startet jetzt durch! In den letzten Wochen wurden in unseren Betrieben rund 40.000 Personen erstgeimpft. Stolz macht mich außerdem, dass es abseits der Organisation der Impfstraßen einen weiteren Durchbruch zu vermelden gibt: Die Salzburger Industriebetriebe arbeiten gerade auch an einem beeindruckenden Konjunkturhoch. Die Auftragsbücher sind wieder voll, die Produktion verzeichnet ein sattes Plus.

Wir sind in der Zielgeraden des Pandemie-Marathons. Jetzt gilt es, den Blick nach vorne zu richten und die Weichen für nachhaltiges, investitionsgetriebenes Wachstum zu stellen. Das bedeutet einerseits eine rasche Rückkehr zum Vorkrisenniveau, andererseits müssen wir über uns hinauswachsen. Schöpfen wir unser volles Potenzial aus! Mittelmaß reicht nicht aus, sonst fallen wir bei Wohlstand und Lebensqualität zurück. Was unsere Wirtschaft jetzt benötigt, ist ein investitionsfreundliches Klima!

Doch zwei Dinge sind evident: Einerseits sehen wir uns aktuell mit einer massiven Preissteigerung bei notwendigen, aber knappen Rohstoffen konfrontiert. Andererseits benötigen die Unternehmen dringend Fachkräfte in den Bereichen Technik, Digitalisierung und Informationstechnologien. Dieser Mangel ist Fakt und wird – aufgrund der starken Technologisierung der Wirtschaft – zukünftig noch größer werden. Optimal wären daher Ausbildungsmöglichkeiten für Technik-Affine und Naturwissenschafts-Begeisterte in unmittelbarer Nähe der Betriebe – in der Region für die Region –, um so Arbeitsplätze im Umkreis zu sichern und weitere zu schaffen.

Liebe IV-Familie, vielen Dank für die tolle Kooperation und die tadellose Durchführung der betrieblichen Impfstraßen! Bei vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat man es am Lachen gemerkt, noch nie hat sich eine Impfung so gut angefühlt!

Ihr

Peter Unterkofler,  
Präsident der IV-Salzburg



Bosch Industriekessel Austria GmbH



EMCO GMBH



Geislinger GmbH



HAGLEITNER HYGIENE INTERNATIONAL GmbH



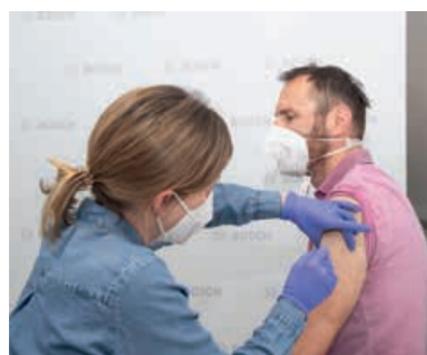
M. Kaindl OG



MAYER & CO BESCHLÄGE GmbH



PALFINGER AG



Robert Bosch AG



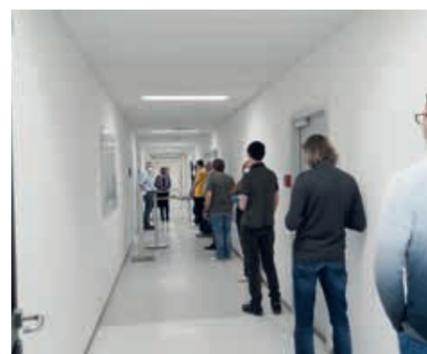
Salzburg AG für Energie, Verkehr und Telekommunikation



Salzburger Aluminium Group



SIG Combibloc GmbH & Co. KG



Sony DADC Europe GmbH



W&H Dentalwerk Bürmoos GmbH



Wimmer Hartstahl GmbH & Co KG



Zementwerk LEUBE GmbH

# Wo bleiben die Rohstoffe?

Mittlerweile sind die hohen Preise und die Probleme im Materialbezug die zentralen Hindernisse der Sachgüterproduktion. Langfristig gilt es, Ressourceneffizienz und die Entwicklung einer Kreislaufwirtschaft im 21. Jahrhundert voranzutreiben.

**D**er Aufschwung nach der aktuellen Wirtschaftskrise hat eine eklatante Knappheit der Rohstoffe Holz, Stahl und Kunststoff hervorgebracht. Es vergeht kaum ein Tag ohne Meldung von steigenden Rohstoffpreisen. Alle Preiskurven zeigen aufgrund global hoher Nachfrage, Produktionsrückständen und auch protektionistischer Maßnahmen zuletzt steil nach oben. Die hohen Preise und Lieferengpässe gefährden damit den Aufschwung nach Corona. Industriebetriebe verschiedenster Branchen sind infolge auch mit sensiblen Preisverhandlungen konfrontiert.

Die Infektionszahlen sinken, der Lockdown ist beendet, doch nun behindern erste „Bremsklötze“ die erforderliche Konjunkturbelebung und Rückkehr zur Normalität. Unsere Unternehmen kamen infektiologisch gesehen vorbildlich durch die Gesundheitskrise. Dringend notwendig wären nun ungebremste Wachstumsmöglichkeiten der Wirtschaft, um die lange Zeit des Stillstan-

des aufzuholen. Die Ressourcenknappheit (Shortage) wirkt, drastisch formuliert, wie ein „Brandbeschleuniger“: In einer ohnedies angespannten Situation fehlen nun viele Rohstoffe durch Lieferschwierigkeiten, die volatilen Preise machen die fehlende Planbarkeit zu einem großen Problem für Betriebe. Preissteigerungen, die in den Herstellkosten berücksichtigt werden, muss schlussendlich der Endkonsument bezahlen, wodurch eine Inflationsentwicklung befeuert wird.

**„Auch zukünftig wird das Rohstoffthema eine große Herausforderung für die Salzburger Industrie bleiben.“**

Irene Schulte  
Geschäftsführerin der IV-Salzburg

sollten Unternehmen – ungeachtet der aktuellen Situation – Materialeinsparungsmaßnahmen auf die Agenda setzen. Denn langfristig erhöhen reduzierte Materialkosten die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Optimierte Produktionsvorgänge, Qualitätssicherung, ressourcenschonenderes Produktdesign und Kreislaufwirtschaftsansätze sind dabei ein Schlüssel zur Verringerung des Materialeinsatzes.

## INTERVIEW

**Günther Percht,  
CEO Kässbohrer Transport  
Technik GmbH, ...**

...freute sich Ende März über eine sehr gute Auftragslage, das Ende der Kurzarbeit und rechnete mit Produktionssteigerungen in den Folgemonaten.

„Dann ist allerdings Bewegung in die Stahlpreise gekommen, die Versorgung mit Produktionsteilen wurde zusätzlich und zunehmend problematisch. Wir sahen uns mit einem Diktat der Stahl-Hersteller in Form einer mittelfristigen Verdreifachung der Preise konfrontiert“, berichtet Percht. „Diese massiven Preiserhöhungen stellen eine signifikante Bedrohung dar, stehen in keiner Relation zum Bedarf und erzeugen im schlimmsten Fall eine Stornowelle, wenn sie an den Kunden weitergegeben werden müssen. Die Preiserhöhung für Stahl erzeugt bei uns einen hohen, zweistelligen prozentuellen Zuwachs der Gesamtkosten. Die Sensibilität bei Preisverhandlungen ist kritisch, der Markt ist nicht in der Lage und bereit, solche Kostensteigerungen aufzunehmen.“

**Georg Hemetsberger, Vorstandsvorsitzender und CEO Eisenwerk Sulzau-Werfen R.&E. Weinberger AG, ...**

...schildert die Auftragslage folgendermaßen: „Die Stahlkonjunktur hat sich wieder soweit erholt, als wir derzeit mehr Walzen verkaufen könnten als die Produktionskapazitäten zulassen. Limitierend ist der zeitintensive Personalaufbau, nachdem im Vorjahr Corona-bedingt Personal nicht nachbesetzt wurde. Mit den Lieferzeiten der wichtigsten Rohstoffe gab es bisher keine Probleme. Allerdings sehen wir uns mit zum Teil dramatischen Preissteigerungen konfrontiert, vor allem bei Roheisen und Stahlschrott.“ Hemetsberger macht sich außerdem Sorgen um die langfristigen Auswirkungen dieser Entwicklung: „Die Preiserhöhungen bei den Material- und Energiekosten können nur teilweise an die Kunden weitergegeben werden, in einigen Regionen überhaupt nicht, weil bei Vertragsabschluss Fixpreise vereinbart wurden, und sie wirken sich negativ auf die Ertragslage des Unternehmens aus. Das wiederum ist abträglich für den Wirtschaftsaufschwung, weil Unternehmen Investitionen zurückhalten und die Teuerungen zeitlich versetzt negative Auswirkungen auf das Konsumentenverhalten haben werden.“

### WEBTIPP

Das Ressourcen Forum Austria bietet einen Ressourcen-Check zur Identifikation von Effizienzpotenzialen. Produzierende Betriebe werden damit entlang ihres Produktlebenszyklus unterstützt. Alle Informationen finden Sie unter: [www.ressourcenforum.at/ressourcencheck](http://www.ressourcenforum.at/ressourcencheck)

### Ressourceneffizienz als Zeichen einer innovativen Wirtschaft

Die aktuelle Situation ist unbestritten problematisch für die österreichische Industrie, denn nach wie vor ist Material mit 46 Prozent der größte Kostenfaktor und nicht Energie oder Personal (19 Prozent). Deshalb



## TERMIN-AVISO

30. Juli 2021  
FESTSPIELEMPFANG  
DER IV-SALZBURG